

# **SCHWARZ-ROT MUSS UMSTEUERN: FAMILIEN, KINDER UND JUGENDLICHE STÄRKEN UND STEUERN GERECHT GESTALTEN**

*Fraktionsbeschluss vom 4. September 2026*

Die Bundesregierung spart bei Kindern und Familien und hat gleichzeitig Milliarden für Reiche und Konzerne übrig. Das ist keine Frage leerer Kassen, sondern eine bewusste Prioritätensetzung. Die Politik von Schwarz-Rot ist sozial ungerecht.

Familien stehen bei der Bundesregierung nicht im Mittelpunkt, sondern mit dem Rücken zur Wand. Kriege, Klimakrise, wirtschaftliche Unsicherheit und Inflation belasten uns alle, doch Eltern mit Verantwortung für Kinder sind besonders betroffen und mittlerweile erschöpft. Die Mehrheit der Bevölkerung hält ein Leben mit Kindern in Deutschland inzwischen für kaum noch bezahlbar, die staatliche Unterstützung für bei weitem nicht ausreichend.<sup>1</sup> Kosten für Miete, Lebensmittel und Energie wachsen schneller als die Kinder und das Gehalt. Statt in dieser Lage zu entlasten, verschärft die Bundesregierung sie mit ihren Kürzungsplänen zusätzlich – und trifft ausgerechnet Familien, Kinder und Jugendliche.

Kinder sind für viele vom selbstverständlichen Lebensglück zu einer Frage der finanziellen Möglichkeiten geworden. Trotz Kinderwunsch hält das viele Menschen von der Gründung einer Familie ab. Statt Sicherheit und verlässliche Unterstützung zu bieten, kürzt die Bundesregierung ausgerechnet bei denen, die wenig haben und Unterstützung dringend benötigen:

- Während die Wohnkosten weiter steigen, kürzt die Bundesregierung 42 Prozent des gesamten Wohngeld-Budgets. Dabei leben 70 Prozent aller Wohngeld-Beziehenden in Haushalten mit Kindern.<sup>2</sup> (1,5 Mrd.)
- Alleinerziehenden mit 16- bis 17-jährigen Kindern wird der Unterhaltsvorschuss gestrichen, rund 400 Euro weniger pro Kind und Monat. Das betrifft über 100.000 Kinder, deren alleinerziehende Elternteile zu über 90 Prozent Frauen sind.<sup>3</sup> (396 Mio.)
- Durch die Streichung des Kindersofortzuschlags kürzt die Regierung bei über 1,5 Millionen anspruchsberechtigten Kindern und plant die Streichung bei weiteren Millionen von Kindern, die dadurch 300 Euro pro Jahr verlieren. (450 Mio.)
- Die Bezugsdauer des Elterngeldes wird von 14 auf 12 Monate gekürzt; ein Elternteil soll künftig höchstens neun Monate beziehen. Das trifft vor allem Mütter hart. (460 Mio.)

---

<sup>1</sup> [Welt, 22.02.2026: Mehrheit hält laut Umfrage Kinder in Deutschland für kaum noch bezahlbar](#)

<sup>2</sup> [Der Paritätische Gesamtverband, 22.07.2026: Wohngeld unter Kürzungsdruck - Zur sozialen und finanziellen Situation von Wohngeld-Beziehenden und den Folgen geplanter Leistungskürzungen](#)

<sup>3</sup> [BMBFSF \(Hrsg.\), Stand 19.06.2026: UVG Geschäftsstatistik](#)



- Mit der Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe will die Bundesregierung unter anderem die sozialpädagogische Familienhilfe für Familien in Krisensituationen stark einschränken, wenn ein Kind eine Kindertagesbetreuung besucht. (100 Mio./Jahr, allein bei den Hilfen zur Erziehung).
- Die Mittel für die Qualität frühkindlicher Bildung und Kinderbetreuung werden 2027 um 500 Millionen gekürzt, perspektivisch ab 2029/30 sogar halbiert. (500 Mio.)

Schwarz-Rot muss diese Kürzungen zurücknehmen. Sie reihen sich in eine Politik der Verschlechterung ein, bei der Familien zunehmend den Kürzeren ziehen. Auch bei der Schulbegleitung für Kinder mit Behinderungen und bei der Ganztagsbetreuung drohen Einschnitte. Gebündelte Unterstützungsangebote können dabei helfen, Ressourcen fairer zu verteilen und Stigmatisierung abzubauen. Wichtig ist aber, dass klar geregelt wird, wie das funktionieren soll und wann Kinder weiterhin Anspruch auf individuelle Schulbegleitung haben. Dabei ist besonders die praxisnahe Einschätzung der Verantwortlichen vor Ort zu berücksichtigen. Beim Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, wofür bis 2029 zusätzlich 150.000 Plätze benötigt werden, lässt die Regierung das Versprechen höherer Investitionsmittel verpuffen. Zugleich wird die Gesundheitsversorgung für Familien schlechter. Die GKV-Reform schwächt die solidarische Gesundheitsversorgung und die damit einhergehenden Einschränkungen bei der Familienversicherung führen zu weiteren Belastungen für Familien, und das, obwohl eine spürbare Entlastung für Versicherte möglich gewesen wäre. Besonders betroffen sind zudem psychisch belastete Kinder und Jugendliche, die künftig noch länger auf dringend benötigte Therapieplätze warten müssen.

Die Kürzungsentscheidungen von Union und SPD treffen besonders diejenigen, die schon jetzt wenig haben und ein erhöhtes Armutsrisiko tragen, darunter viele Alleinerziehende und ohnehin benachteiligte Gruppen, wie etwa Familien mit Einwanderungs- oder Fluchtgeschichte und allein geflüchtete Kinder und Jugendliche. Wer bei Familienleistungen kürzt, verschärft bestehende soziale Ungleichheiten.

Die Bundesregierung rechtfertigt diese Kürzungen mit der Entlastung der Kommunen. Doch der gegenteilige Effekt tritt ein. Wenn mehr Kinder in Armut geraten und Familien schlechter unterstützt werden, treffen die Folgekosten die Kommunen umso härter. Armut führt zu geringer Bildung, geringeren Löhnen, erneutem Armutsrisiko. Geringe Einsparungen stehen hohen Folgekosten gegenüber. Die Regierung entscheidet sich bewusst dafür, bei Kindern, Jugendlichen und Familien zu kürzen.

Im Mittelpunkt schwarz-roter Politik stehen andere: Allein die Absenkung der Körperschaftsteuer kostet den Staat bald 25 Milliarden Euro, jedes Jahr. Davon fließen 17,5 Milliarden Euro an das einkommensstärkste Prozent im Land.

Auch sonst ist Geld da: für einen Tankrabbat (1,6 Mrd. Euro), die dauerhafte Senkung der Gastronomie-Umsatzsteuer (3,6 Mrd. Euro/Jahr) oder die Senkung der Luftverkehrsteuer (350 Mio. Euro pro Jahr). Diese Steuersenkungen wurden meist nicht an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben. Stattdessen profitieren vor allem Ölkonzerne mit Rekordgewinnen, Fast-Food-Konzerne und Fluggesellschaften. Die angespannte kommunale Finanzlage hat auch mit der Entwicklung der Ausgaben zu tun. Ein Teil des Problems liegt auf der Kostenseite. Diese Realität gilt es anzuerkennen. Zum Beispiel müssen die Kommunen seit Jahren vermehrt für eine ausbleibende sinnvolle Mietenregulierung finanziell einspringen.





Die Bundesregierung priorisiert Reiche, Konzerne und Klimaschäden vor Familien und Kindern. Das ist falsch und keine alternativlose Notwendigkeit. Alleinerziehende, Kinder, Jugendliche, Familien und Menschen mit Behinderungen sind nicht dafür verantwortlich, die Haushaltslücken von Bund, Ländern und Kommunen auszugleichen!

Wir schlagen einen anderen Weg vor, nämlich mehr Investitionen in Bildung, bessere Kinderbetreuung und verlässliche finanzielle Unterstützung. Leistungen aus einer Hand, antragslos und zielgenau, statt Sparpolitik. Wir fordern mehr Investitionen in Freizeit-, Sport- und Kulturangebote sowie in die offene Kinder- und Jugendarbeit. Bund, Länder und Kommunen müssen die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe modernisieren, damit Kinder und Jugendliche die Unterstützung bekommen, die ihnen zusteht, und die Kosten fair verteilt sind.

Zur Finanzierung fordern wir ein gerechteres Steuersystem, um die eklatanten Gerechtigkeitslücken zu beheben. Wer mehr als 26 Millionen erbt, dem wird die Erbschaftsteuer komplett erlassen, wenn er sich nur arm genug rechnet. So entgehen den Ländern ca. 3,7 Milliarden Euro im Jahr. Wer 300 Wohnungen erbt, zahlt keine Erbschaftsteuer – wer drei Wohnungen erbt, muss zahlen. Diese Lücken summieren sich auf mindestens eine Milliarde Euro jährlich. Digitalkonzerne zahlen effektiv nur halb so viele Steuern wie andere Unternehmen – Kostenpunkt gesamtstaatlich: über neun Milliarden Euro. Wer mit Immobilien spekuliert, muss nach zehn Jahren Haltefrist auf einmal keine Steuern mehr auf seinen Gewinn zahlen. Macht sechs weitere Milliarden Euro jährlich. Und die veraltete „erweiterte Grundstückskürzung“ befreit Immobilienkonzerne faktisch von der Gewerbesteuer, macht für die Kommunen weitere 1,5 Milliarden Euro weniger. Das ist ordnungspolitisch ineffizient und ungerecht.

Familien sind das soziale Rückgrat unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche unsere Zukunft. So viele Eltern und Alleinerziehende geben jeden Tag alles und leisten unverzichtbare Arbeit. Sie gilt es zu stärken.

Wir fordern daher die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen CDU, CSU und SPD auf: Spart nicht auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen und Familien.

